Allgemeine Geschäftsbedingungen | B2C

Stand 10. November 2026 | Entwurf zur anwaltlichen Freigabe – noch nicht veröffentlicht

I. Vertragspartner und Händler

Verkäufer ist L & R Kältetechnik GmbH & Co. KG, Hachener Straße 90a-c, 59846 Sundern, handelnd unter Art of Cryo. Diese AGB gelten für Verbraucher (§ 13 BGB), sofern Art of Cryo selbst Vertragspartner ist. Verkauft ein selbstständiger Händler im eigenen Namen, ist grundsätzlich dieser Händler Vertragspartner; dessen Verbraucherinformationen und Bedingungen gelten. Herstellerrechte und zwingende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.

II. Produkte und Vertragsschluss

Gegenstand sind die im Angebot bezeichneten Cryo-, Flow-, MCS-, Lumera- und anderen Wellness-/Regenerationssysteme. Maßgeblich sind individuell vereinbarte Beschaffenheit, Bruttopreis, Liefer- und Montageumfang. Der Vertrag kommt durch Annahme des Angebots bzw. Auftragsbestätigung zustande. Ein gesetzliches Widerrufsrecht macht den Vertrag nicht erst nach 14 Tagen wirksam; vielmehr kann ein bereits geschlossener Vertrag innerhalb der gesetzlichen Frist widerrufen werden.

III. Zweckbestimmung und Sicherheit

Die regulatorische Einordnung richtet sich nach der konkreten Produktdokumentation. Ohne ausdrückliche Zusage werden keine Heil- oder Therapieerfolge geschuldet. Bedienungsanleitung, Warnhinweise und Kontraindikationen sind zu beachten. Zwingende Produktsicherheits- und Instruktionspflichten des Verkäufers bleiben bestehen.

IV. Preise und Zahlungen

Es gelten die vereinbarten Bruttopreise einschließlich Umsatzsteuer und transparent ausgewiesener Zusatzkosten. Anzahlungen und Zahlungsmeilensteine gelten nur bei klarer Vereinbarung im individuellen Angebot. Ohne abweichende Vereinbarung ist der Kaufpreis bei Lieferung und Rechnung fällig. Bei Zahlungsverzug gelten die gesetzlichen Voraussetzungen und Zinsen (§§ 286, 288 BGB); eine Anzahlung verfällt nicht automatisch.

V. Lieferung und Montage

Liefertermine und vereinbarte Montageleistungen ergeben sich aus dem Vertrag. Der Kunde stellt zuvor konkret mitgeteilte und zumutbare räumliche und technische Voraussetzungen bereit. Bei von ihm zu vertretender Verzögerung können erforderliche Mehrkosten nach Gesetz geltend gemacht werden. Die Transportgefahr geht beim Verbrauchsgüterkauf grundsätzlich erst mit Übergabe auf den Verbraucher über.

VI. Widerruf und 14-Tage-Frist

Ein gesetzliches Widerrufsrecht besteht insbesondere bei Fernabsatzverträgen und außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen, sofern keine Ausnahme nach § 312g BGB greift. Bei Waren beginnt die 14-tägige Frist grundsätzlich erst mit Erhalt der Ware, nicht bereits mit Übergabe der AGB oder Vertragsunterzeichnung; bei Dienstleistungen gelten andere Fristregeln. Der Vertrag ist grundsätzlich bereits mit Annahme verbindlich, bleibt aber bei wirksamem Widerruf rückabzuwickeln. Die jeweils passende gesonderte Widerrufsbelehrung und das Musterformular werden vor Vertragsschluss bereitgestellt. Bei tatsächlich individuell angefertigten Waren kann § 312g Abs. 2 Nr. 1 BGB greifen; bloße Auswahl aus Standardoptionen genügt nicht automatisch.

VII. Stornierung und Anzahlungen

Außerhalb gesetzlicher Widerrufs-, Rücktritts- und Kündigungsrechte besteht kein generelles kostenloses Stornierungsrecht. Eine freiwillige Aufhebung bedarf einer gesonderten Vereinbarung. Bereits geleistete Anzahlungen werden mit rechtmäßig bestehenden Vergütungs- oder Schadensersatzansprüchen verrechnet; Überschüsse sind zurückzuzahlen. Eine pauschale Einbehaltung von 50 % ist nicht vereinbart. Zwingende Verbraucherrechte bleiben unberührt.

VIII. Gesetzliche Mängelrechte

Es gelten die gesetzlichen Mängelrechte; bei neuen Waren beträgt die regelmäßige kaufrechtliche Verjährungsfrist zwei Jahre ab Ablieferung. Zwingende Sonderregeln, insbesondere für Waren mit digitalen Elementen, bleiben unberührt. Normaler Verschleiß allein ist kein Mangel; bereits bei Gefahrübergang bestehende Fehler bleiben geschützt. Wartung ist keine pauschale Voraussetzung gesetzlicher Mängelrechte.

IX. Fernwartung und Datenschutz

Fernwartung erfolgt nur im vereinbarten oder ausdrücklich beauftragten Umfang. Technische Voraussetzungen und datenschutzrechtliche Informationen werden bereitgestellt. Erforderliche Einwilligungen und sonstige Rechtsgrundlagen bleiben zu beachten.

X. Haftung

Bei Vorsatz, grober Fahrlässigkeit, Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit, Arglist, Garantie und nach dem Produkthaftungsgesetz haftet der Verkäufer uneingeschränkt nach Gesetz. Bei einfacher Fahrlässigkeit haftet er bei Verletzung wesentlicher Vertragspflichten für den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden. Eine zusätzliche starre Begrenzung auf den Netto-Auftragswert wird im Verbrauchergeschäft nicht vereinbart, da sie auch typische Schäden unangemessen begrenzen könnte. Im Übrigen ist die Haftung für einfache Fahrlässigkeit ausgeschlossen, soweit zulässig.

XI. Rechtswahl und Schlussbestimmungen

Es gilt deutsches Recht, ohne dass zwingende Verbraucherschutzvorschriften des Staates des gewöhnlichen Aufenthalts des Verbrauchers verdrängt werden. Unwirksame Klauseln werden durch gesetzliche Regeln ersetzt.